



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **Haushaltsplan 2023;**

**hier: Öffentlicher Personennahverkehr – 365-Euro-Ticket und darüber hinaus kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 Tit. 633 63 und Tit. 683 63)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird in der TG 63 (Öffentlicher Personennahverkehr (Jugendticket)) im Tit. 633 63 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets) und ebenso im Tit. 683 63 (Leistungen an Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Einführung eines verbundweiten 365-Euro-Tickets) jeweils eine Verpflichtungsermächtigung von 5.000,0 Tsd. Euro, fällig jeweils im Jahr 2024, ausgebracht.

Die beiden Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Einstieg in kostenlose Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendentickets sowie weiteren Planungen in Verkehrsverbänden zur Einführung zumindest eines 365-Euro-Tickets.

### **Begründung:**

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den ÖPNV in Bayern für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende und Studierende nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern kostenlos nutzbar zu machen, werden im Kap. 09 06 TG 63 zwei Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 10.000,0 Tsd. Euro, fällig in 2024, ausgebracht. Dadurch werden der Einstieg in kostenlose Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendentickets in diesem Herbst und weitere Planungen in Verkehrsverbänden zur Einführung zumindest eines 365-Euro-Tickets möglich. Durch die Verpflichtungsermächtigungen für das Folgejahr können die erforderlichen Zusagen für die dann fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften erfolgen. Mit den Mitteln werden die Leistungsanbieter, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, vergütet.

Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten, die gerade auch Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende treffen ist es besonders notwendig, dass die Zielgruppen trotz teils geringer oder fehlender eigener Einkünfte nicht in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Durch die Einführung eines bayernweit gültigen Tickets sollen für die genannten Zielgruppen die Kosten der An- und Abfahrt zur Schule, Berufsschule, Hochschule, Universität und zum Ausbildungsplatz, in der Freizeit und insgesamt für die Nutzung des ÖPNV entfallen. Durch das kostenlose bzw. stark preisreduzierte Angebot soll gerade bei jungen Menschen der Einstieg in die Nutzung des

ÖPNV und dessen dann lebenslange Benutzung erhöht werden. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um umweltbewusstes Verhalten und das Engagement junger Menschen für den Klimaschutz zu fördern.

Der Freistaat soll darüber hinaus die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsverbünde ein solches Ticket einzuführen und besonders im ländlichen Raum eine verlässliche Mobilität zu sichern und auszubauen. Dies ist auch im Hinblick auf das längerfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu sehen. Die aktuelle Situation im Freistaat, für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende ein 365-Euro-Ticket zur Verfügung zu stellen, ist ein erster Schritt in diese Richtung, kommt aber nur einem Teil der Zielgruppe zugute. Jugendtickets gibt es bislang in nur einem Teil der Verkehrsverbünde und richten sich nur an Schülerinnen und Schüler sowie an Auszubildende, nicht an Studierende.

Der Verkehrssektor in Bayern ist einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Bei den Bemühungen um eine Reduzierung der Treibhausgase muss ihm deshalb eine entscheidende Rolle zukommen. Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztlich auch kostenlosen ÖPNV deutlich. Eine Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum umwelt- und klimafreundlicheren Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß macht sich somit auch für Bayern bezahlt. Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einer Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.